

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 898846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdB zum Ergebnis des EG-
Gipfeltreffens: Kohl kehrt mit
leeren Händen aus Edinburgh
zurück.

Seite 1

Albrecht Müller MdB zum Bon-
ner Asylpaket: Es fehlt der
SPD-Inhalt.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB
und Hans-Günter Naumann
MdL zum Ergebnis der Ta-
gung sozialdemokratischer
Verkehrs-Experten: Grundle-
gende Reform der Bahn erfor-
derlich.

Seite 3

Christine Bergmann zu den
Perspektiven Berlins: Von der
Mauerblume zur Metropole.

Seite 4

Dokumentation

Ein Briefwechsel zwischen
Freimut Duve und Regie-
rungssprecher Dieter Vogel
zum schändlichen Begriff
"Beileidstourismus".

Wortlaut

Seite 5

47. Jahrgang / 240

14. Dezember 1992

Kohl kehrt mit leeren Händen aus Edinburgh zurück Zum Ergebnis des EG-Gipfeltreffens

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die SPD hat die Einigung des Europäischen Rats auf ein Entgegen-
kommen gegenüber Dänemark mit Erleichterung aufgenommen. Al-
lerdings sollten endlich die dänischen Bedenken gegen eine euro-
päische Verteidigung auch ernstgenommen werden als Warnung
davor, die Verteidigungspolitik zum Motor der europäischen Integra-
tion machen zu wollen. Eine Militarisierung des Einigungsprozesses
wäre nicht nur für Dänemark ein Problem, sondern würde auch
Staaten wie Schweden und Österreich den Beitritt zur Europäischen
Union erschweren.

Deshalb sollte die WEU so schnell wie möglich alle dem WEU-Ver-
trag widersprechenden Pläne für weltweite Kampfeinsätze und militä-
rische Parallelstrukturen, wie sie in der Petersberg-Erklärung vom 19.
Juni 1992 vorgesehen sind, ad acta legen. Und Koalitionspolitiker
müssen endlich aufhören, wider besseres Wissen die Forderung
nach weltweiten WEU-Kampfeinsätzen mit dem Maastricht-Vertrag in
Verbindung zu bringen.

In der für Deutschland wichtigen Frage des Sitzes der Europäischen
Zentralbank kommen Kohl und Waigel von den Gipfelberatungen
wieder einmal mit leeren Händen zurück. Der Deutsche Bundestag
hat mit seiner einhelligen Zustimmung zum Maastricht-Vertrag dem
Bundeskanzler einen Trumpf in die Hand gegeben. Kohl hat ihn nicht
genutzt. Das ist für Deutschland und für die Akzeptanz einer künftigen
europäischen Währung außerordentlich bedauerlich.

Ein schwerwiegender Fehler ist es auch, daß der Gipfel keine Aus-
sage zu den anstehenden GATT-Problemen getroffen hat. Ange-
sichts der heraufziehenden Konjunkturkrise kann sich die Gemein-
schaft keinen Handelskrieg mit den USA leisten. Notwendig ist eine
rasche Einigung auf den von der EG-Kommission ausgehandelten
Kompromiß, damit die GATT-Verhandlungen weitergehen können.

(-/14. Dezember 1992/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Druckerei
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Es fehlt der SPD-Inhalt
Zum Bonner Asylpaket

Von Albrecht Müller MdB

Gustav Heinemann, Willy Brandt und Helmut Schmidt haben zusammen mit tausenden Sozialdemokraten und anderen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes erreicht, daß wir als ein Volk der guten Nachbarn gelten. Der friedliche, versöhnende Umgang mit unseren Nachbarvölkern hat viel Gutes für Europa gebracht; er hat uns auch praktische politische Erfolge gebracht, an denen jede und jeder Deutsche teilhatte.

Die Brandanschläge und die Morde an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und das Wegsehen vieler Deutscher und der Verantwortlichen in der Regierung haben diesen guten Ruf beschädigt, ja drohen ihn zu zerstören.

Am Wochenende und in den Tagen davor ist viel geschehen, um diese zerstörerische Entwicklung zu stoppen. Hunderttausende in München, in Frankfurt, in Hamburg und in vielen kleinen Städten und Gemeinden haben eindrucksvoll demonstriert: "Wir wollen ein Volk von guten Nachbarn sein, nach drinnen und nach draußen." "Heute Die! Morgen DU!" - das begreifen inzwischen viele Menschen, auch solche, die man normalerweise zur schweigenden Mehrheit rechnet. Demonstrierende Bürgerinnen und Bürger und eindrucksvolle Bekenntnisse von Schauspielern und anderen bekannten Persönlichkeiten im Fernsehen machen Front gegen Gewalt und Fremdenhaß. Es könnte gelingen, einen Schneeball ins Rollen zu bringen, wie es Wolfgang Niedecken von BAP treffend und gezielt formuliert hat.

"Das anständige Deutschland steht auf unserer Seite", können sie sagen, in Anlehnung an ein Zitat von Alex Möller im Zusammenhang mit den Ostverträgen.

Gerade in dieser Phase einer positiven Wende sollen wir im Bundestag eine Vorlage beschließen, die in beklemmender Weise das Gegenteil von guter Nachbarschaft ausdrückt. Die Ergebnisse der Verhandlungen zu Asyl und Zuwanderung sind nicht Ausdruck des Bemühens um eine gute Nachbarschaft nach innen und nach außen. Sie sind Symbol einer unfreundlichen Nachbarschaft.

Damit ziehen wir nicht nur einen Trennungsstrich zu unseren Nachbarn, wir ziehen auch einen Trennungsstrich zum guten, demokratischen Deutschland.

Bisher ist viel über die fragwürdige Verlagerung unserer Probleme auf Länder wie Polen und die ehemalige CSFR gesprochen worden. Sie haben wirklich genug damit zu tun, ihre eigenen Probleme zu lösen. Wichtige andere Mängel dieses Papiers sind in den Hintergrund getreten. Uns wurde immer gesagt, wir müßten mit einer Änderung des Artikel 16 einverstanden sein, um mit der Union ein Paket zu schnüren, in dem dann vor allem auch unsere Anliegen zu einer besseren Steuerung der Zuwanderung und zur Einbürgerung enthalten sind. So wurde bei vielen in der Sache Engagierten die Hoffnung genährt, mit der Änderung des Artikels 16 sei wenigstens eine Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts, des einschlägigen Artikels 116 des Grundgesetzes, eine Gleichstellung von Aussiedlern mit Menschen, die politisches Asyl suchen und die großzügigere Handhabung des Einbürgerungsrechts einschließlich der Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft verbunden.

Diese Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Die Ergebnisse sind dürftig. Die Änderung des Grundgesetzes wurde vereinbart, aber bei diesen wichtigen Fragen hat man sich gerade geeinigt, daß man sich noch einigen will.

Es sollen nach wie vor rund 200.000 Aussiedler zu uns kommen. Wer heute geboren ist, soll auch in Zukunft die Sonderrechte genießen, die Deutschstämmigen zugeschrieben werden. Es geht also der Bundesregierung gar nicht um die Zumutbarkeit des Zuzuges von vielen Fremden. Auch 200.000 Leute belasten den Wohnungsmarkt und den Arbeitsmarkt und die Finanzen unseres Staates. Die Vereinbarung zeigt, daß wir immer noch in völkischem Denken gefangen sind.

Das wird vor allem sichtbar, wenn man diese Verabredungen auf den Umgang mit Gastarbeitern spiegelt. Wer zwanzig Jahre hier gearbeitet hat, Beiträge und Steuern zahlt hat, Mitglied einer Ge-

werkschaft und einer Partei ist (in vielen Gewerkschaften sind die Gastarbeiter inzwischen eine wichtige Säule der gewerkschaftlichen Arbeit. Das ist ja nicht unbedeutend für die Struktur unserer Gesellschaft und das müßten eigentlich auch sozialdemokratische Verhandlungsführer wissen), aber aus Gründen seiner Verbundenheit mit seiner Heimat, zum Beispiel Türkei, bleiben will, hat keine Chance, Deutscher zu werden und auch keine Chance, bei Wahlen wenigstens etwas die Geschicke seiner neuen Heimat mitzugestalten. Dies ist unfair, wenn man gleichzeitig einem Aussiedler, der keine Bezüge zu diesem Land hat und auch keine Rentenbeiträge bezahlt hat, sowohl das Wahlrecht als auch eine Rente zubilligt.

Die Koalition, vor allem die CDU und CSU wissen sehr wohl, warum sie diese Ungleichbehandlung von Aussiedlern auf der einen Seite und Gastarbeitern und Asylbewerbern auf der anderen Seite betreiben. Sie tun dies auch aus ganz billigen parteipolitischen Gründen. Wenn es um vermeintliche Wählerstimmen geht, dann ist Zuwanderung und Konkurrenz für die Schwächsten in unserer Gesellschaft auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt kein Problem. Auch bei 200.000 Zuwanderungen jedes Jahr. Wieso diese Vereinbarung im Teil jenseits der Artikel 16-Änderung (die ja ein Opfer der SPD ist) ein sozialdemokratischer Erfolg sein soll, das bleibt noch zu erklären.

(-/14. Dezember 1992/rs/ks)

Grundlegende Reform der Bahn erforderlich Zum Ergebnis der Tagung sozialdemokratischer Verkehrs-Experten

**Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und
Hans-Günter Naumann MdL
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Die verkehrspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der SPD-Fraktionen in Bund und Ländern haben sich am 10. Dezember in München zu ihrer Tagung getroffen und dabei insbesondere zur Bahnreform Stellung bezogen. Das Ergebnis unserer Beratungen können wir so zusammenfassen:

Nach Auffassung aller verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen in Bund und Ländern ist eine grundlegende Reform der beiden deutschen Bahnen dringend erforderlich.

Die derzeit im Grundgesetz festgelegte Rechtsform der Bahn als öffentlich-rechtliches Sondervermögen hat nicht verhindern können, daß die Bahn im Vergleich zu den anderen Verkehrsträgern ins Abseits geraten ist. Dies beruht im wesentlichen darauf, daß die Bundesregierung den Ausbau der Bahn-Infrastruktur sträflich vernachlässigt hat und bis heute auf der Durchsetzung ihrer längst gescheiterten Bahnleitlinien aus dem Jahre 1983 beharrt.

Eine Reform der Bahn darf sich daher nicht auf eine Neuregelung ihrer Rechtsform beschränken, sondern muß ihre Wettbewerbssituation durch eine umfassende Änderung der Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern.

Es gibt deshalb keinen "Blanko-Scheck" der SPD für eine Grundgesetzänderung. Die Zustimmung der SPD zu einer Organisationsprivatisierung hängt ab von einem dauerhaft tragfähigen Sanierungskonzept, bei dem folgende Punkte im Vordergrund stehen müssen:

- o Der Abbau der krassen Wettbewerbsbenachteiligung der Bahn gegenüber den anderen Verkehrsträgern: Dazu ist zumindest der Einstieg in eine europaweit gerechtere Anlastung der Wegekosten und der externen Kosten für alle Verkehrsträger erforderlich.
- o Die rechtliche Gleichstellung zwischen Schiene und Straße bei der Verkehrswegeplanung: Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu bereits im Mai 1992 den Entwurf eines Schienenwegeausbaugesetzes eingebracht, nach dem der Ausbau der Schiene ebenso wie bei der Straße Gegenstand

eines Gesetzbeschlusses des Parlaments werden wird. Eine Entscheidung über dieses Gesetz muß bereits im Rahmen der Beschlußfassung zum Bundesverkehrswegeplan getroffen werden.

- o Die grundgesetzliche Festschreibung der Staatsverantwortung für die Erhaltung und den Ausbau einer leistungsfähigen Schienen-Infrastruktur als klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge.
- o Die Bereitstellung ausreichender, dauerhaft gesetzlich gesicherter und zweckgebundener Mittel für die Länder, Kreise und Kommunen im Zuge der Regionalisierung des Schienenpersonen-Nahverkehrs.
- o Ein schuldenfreier Start der neuen Bahn durch ein seriöses und tragfähiges Entschuldungskonzept.
- o Die volle Wahrung der Mitarbeiterrechte, insbesondere der Verzicht auf Massenentlassungen und auf finanzielle Schlechterstellung der Bahnbediensteten.

Nur eine Reform, die diese Punkte befriedigend abarbeitet, kann der Bahn eine realistische neue Chance am Verkehrsmarkt eröffnen. Die SPD in Bund und Ländern wird darauf achten, daß es nicht zu Scheinlösungen kommt, die die wirklichen Gründe für die Talfahrt der Bahn nicht beseitigen.

(-/14. Dezember 1992/rs/ks)

Von der Mauerblume zur Metropole Zu den Perspektiven Berlins

Von Christine Bergmann
Berliner Bürgermeisterin

In der kurzen Zeit meiner politischen Tätigkeit hat die Berliner SPD zwei bittere Wahlniederlagen erleiden müssen, am 18. März 1990 zur Volkskammerwahl, am 2. Dezember 1990 zur Bundestags- und Abgeordnetenhauswahl. Jetzt möchte ich einmal gewinnen und bin deshalb nicht unzufrieden, wie die Umfragen sich entwickeln. Natürlich weiß ich, daß Stimmungen keine Stimmen sind. Aber ich finde es doch in Ordnung, daß die Zustimmung zur SPD in der Großen Koalition wächst statt schwindet. Die Große Koalition hat ganz ordentliche Arbeit geleistet, auch wenn ich wünsche, wir wären schon weiter. Wir haben uns mit dem Koalitionspartner in den dringendsten Sachfragen inhaltlich verständigt. Gemeinsam haben wir die Reform des Paragraphen 218 gefördert, gemeinsam haben wir im öffentlichen Dienst die Angleichung der Löhne und Gehälter auf 80 Prozent betrieben; gemeinsam streiten wir für die Arbeitsförderung. Wir stehen hier oft näher beieinander als in unseren Parteien bundesweit. Das liegt wohl daran, daß es einen schärfer werdenden Verteilungskampf zwischen Ost und West in Deutschland gibt.

Wir wissen, daß die völlige Herstellung gleicher Lebensbedingungen noch Jahrzehnte dauern wird. Deshalb müssen wir Prioritäten setzen. Wir brauchen mehr Wohnungen. Wir müssen es darüber hinaus schaffen, daß die Menschen gerne in Marzahn und Hellersdorf wohnen und keine sozialen Brennpunkte entstehen. Unsere jetzigen Investitionen - in Arbeitsplätze, im wirtschaftlichen Aufbau, in Kultur und die Gestaltung unserer Stadt - werden sich lohnen. Wenn wir jetzt kreativ und beharrlich unsere Vorstellungen einer modernen lebenswerten Stadt und ihrer sozialen Infrastruktur verfolgen, werden auch private Investitionen kommen, dann wird Berlin tatsächlich von der Mauerblume zur Metropole reifen. Vielen Berlinerinnen und Berlinern geht das alles nicht schnell genug. Es ist paradox, daß mindestens ebenso viele das Gefühl haben, mit dem Tempo der Zeit nicht mehr mitzukommen. Wir leben in Zeiten der Unzufriedenheit und der Unsicherheit. Wir haben einen rasanten Anstieg der Kriminalität. Noch größer sind jedoch die Gefühle der Angst und der Bedrohung, selbst dort, wo die Gefährdung eher gering ist.

Wir sind alle gefordert, diese Angst nicht in Lähmung umschlagen zu lassen, sondern sie zu nutzen: für eine neue Politik. Ich möchte aus meinem Bereich Arbeit und Frauen Beispiele nennen, wo Berlin vorangeht. Wir haben uns hier nicht mit dem Selbstlauf der Marktwirtschaft und mit den herkömmli-

chen Instrumentarien der Arbeitsmarktpolitik abgefunden. Mit unserem arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm haben wir innovative arbeitsmarktpolitische Instrumentarien entwickelt, damit Arbeitslosigkeit nicht zum Naturgesetz des Ostens wird. Ein Schwerpunkt dieses Programms ist die enge Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Wirtschaftspolitik. Wir haben gelernt, daß Arbeitsmarktpolitik mehr ist als die Zahlung von Sozialleistungen.

Wir haben die traditionelle Arbeitsmarktpolitik weiterentwickelt und wollen jetzt kleine und mittlere Unternehmen mit einer landeseigenen Kapitalbeteiligungsgesellschaft unterstützen. Damit sollen solche Unternehmen und auch Beschäftigungsgesellschaften mit guten Marktchancen den ersten Schritt in die Selbständigkeit durch Eigenkapitalhilfen tun können. Besondere Anstrengungen sind notwendig, in dieser Umbruchphase Frauen sichere Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß sie als erste aus dem Arbeitsleben verdrängt werden. Deshalb legen wir in Berlin besonderen Wert auf die Förderung von Frauen. Lohnkostenzuschüsse sind dabei nur ein Instrument. Die Erfahrung des Umbruchs in Deutschland und in Europa hat uns gezeigt, daß wir alle hinzulernen müssen, daß die Menschen in den alten Bundesländern sich auf eine neue Welt einstellen müssen. Eine der zentralen Erfahrungen der letzten Jahre ist für mich, daß Teilung durch Teilen überwunden wird. Wir haben keine Chance, wenn wir versuchen würden, uns abzuschotten. Wenn wir wegschauen und Probleme ausklammern, werden uns die Konflikte überrollen.

Willy Brandt hat einmal gesagt: "Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen sorgen." So paradox das ist, um morgen wieder Stabilität zu bekommen, müssen wir heute modernisieren, und lernen mit Baustellen zu leben.

(-/14. Dezember 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Den schändlichen Begriff "Beileidstourismus" zurücknehmen

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve, Vorsitzender des Unterausschusses "Kunst und Kultur" des Deutschen Bundestages, hatte Bundeskanzler Helmut Kohl aufgefordert, dafür zu sorgen, daß der "schändliche Begriff 'Beileidstourismus' in angemessener Weise zurückgenommen wird". Dies geschah nicht, wie aus dem dieser Aufforderung folgenden Briefwechsel mit dem Regierungssprecher Dieter Vogel - er hatte diesen Begriff am 27. November vor der Bundespresskonferenz in die Welt gesetzt - hervorgeht. Die Briefe im Wortlaut.

Bonn, den 4. Dezember 1992

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Seit einer Woche warten nicht nur ich, sondern gewiß auch die Minister Blüm und Kinkel, die Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt und Tausende von Mittrauemden, die vergangenen Freitag an der Trauerfeier vor der kleinen türkischen Moschee in Hamburg teilgenommen haben, auf ein Wort der Entschuldigung seitens des Regierungssprechers, der in diesem Zusammenhang von "Beileidstourismus" gesprochen hat.

Diese skandalöse Bemerkung steht nach wie vor zwischen Ihnen, dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, und all denen aus allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, die jetzt einen Pakt des Anstandes gegen den Rechtsterrorismus schmieden wollen. Sorgen Sie dafür, Herr Bundeskanzler, daß dieser schändliche Begriff in angemessener Weise zurückgenommen wird.

Mit dem Wort "Beileidstourismus" hat der Sprecher der Bundesregierung ein Herzstück der sozialen Kultur von uns allen geschmäht und verletzt: Gemeinsames Trauern ist eine der wenigen Bindungen, die überall gültig sind in unserer zerstrittenen Welt.

Hochachtungsvoll

gez. Freimut Duve

Bonn, 8. Dezember 1992

Sehr geehrter Herr Duve,

der Bundeskanzler hat mir Ihr Schreiben vom 4. Dezember gegeben, in dem Sie das von mir am 27. November 1992 vor der Bundes-Pressekonferenz gebrauchte Wort "Beileidstourismus" kritisieren.

Ich habe für diese Kritik Verständnis, kann aber auch nach einigem Nachdenken nicht die rechten Schuldgefühle entwickeln.

Auf Fragen habe ich vor der Bundes-Pressekonferenz am 27. November gesagt, daß der Außenminister und der Arbeitsminister zur Trauerfeier nach Hamburg fahren würden. Der Bundeskanzler habe andere wichtige Termine hier in Bonn, vor allem die Abstimmung in der 3. Lesung des Bundeshaushalts 1993 und - in Berlin - einen CDU-Landesparteitag. Ich halte die Teilnahme an der Haushaltsabstimmung in der Tat für eine Verpflichtung, die ein Bundeskanzler anderen Terminen vorzuziehen hat.

Nach meiner Auffassung war die Bundesregierung mit den beiden Bundesministern auf der Trauerfeier gut und ausreichend vertreten. Einige Fragen der Journalisten zielten - jedenfalls für mein Verständnis - offensichtlich darauf ab, dem Bundeskanzler indirekt vorzuwerfen, er zeige an dem Mord von Mölln nicht die gebührende Teilnahme. (Sie wissen, daß man Fragen sehr vorwurfsvoll so stellen kann.) Ich halte eine solche Unterstellung für absolut ungerechtfertigt.

In diesem Zusammenhang habe ich daher gesagt, daß die schrecklichen Ereignisse von Mölln dadurch nicht besser würden, wenn wir in einen "Beileidstourismus" ausbrächen, wenn also auch der Kanzler nach Hamburg führe. Sie können, Herr Abgeordneter, sicher sein, daß ich damit nicht einen einzigen Teilnehmer der Hamburger Trauerfeier diskreditieren wollte und in dem Zusammenhang, in dem diese Worte gefallen sind, auch nicht diskreditiert habe. Daß man über die Angemessenheit dieses Begriffes streiten kann, will ich gerne zugeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Dieter Vogel

Bonn, den 10. Dezember 1992

Sehr geehrter Herr Vogel,

Ihr Brief hat mich sehr erstaunt. Er zeigt an keiner Stelle, auch in seinem letzten Satz nicht, daß Sie sich der Tragweite des von ihnen verwandten Begriffs "Beileidstourismus" bewußt sind.

Ich weiß, daß es schwer fällt, Fehler einzugestehen oder gar zurückzunehmen. Aber wenn der Sprecher der Bundesregierung eines großen demokratischen Staates das Kernstück aller Kulturen, die Zusammenkunft von Trauernden bei der Trauerfeier für Verstorbene, mit einem solchen Wort bedenkt, dann müssen wir von Ihnen mehr verlangen als diesen lapidaren Satz der vorsichtigen Distanzierung.

Ich habe zur Kenntnis genommen, daß heute Graf Lambsdorff Ihren Satz als hinlängliche Entschuldigung akzeptiert hat. Ich kann es nicht. Es ist bei genauerer Lektüre weder eine Entschuldigung noch eine Zurücknahme, sondern nur das Eingeständnis einer möglicherweise falschen Wortwahl.

Ich fordere Sie also noch einmal auf, in angemessener Form der Öffentlichkeit gegenüber dieses schlimme Wort zurückzunehmen. Sie haben es für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland benutzt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Freimut Duve

(-/14. Dezember 1992/rs/fr)
